

1. Einstellung eines pauschalen Budgets in Höhe von 50.000 € für verkehrsberuhigende bzw. verkehrssichernde Maßnahmen

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, beginnend mit dem Haushalt 2022, jährlich einen Pauschalbetrag in Höhe von 50.000 € für verkehrsberuhigende bzw. verkehrssichernde Maßnahmen in den Haushalt einzustellen.

2. Prüfung der Machbarkeit und ggfs. Nachrüstung aller gemeindlichen Gebäude mit Photovoltaikanlagen

Der Ausschuss diskutiert über die Vorgehensweise. Der Klimaschutzmanager, die AggerEnergie sowie der Energiegenossenschaft Bergisches Land sowie die Prüfung von Förderprogrammen sollen mit einbezogen werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, für eine entsprechende Machbarkeitsstudie einen Betrag von 10.000 € im Haushalt 2022 bereitzustellen.

3. Einstellung eines Betrages in Höhe von 30.000 € als Zuschuss für die Errichtung privater Photovoltaikanlagen

Die CDU-Fraktion möchte ca. 20 Bestandsimmobilien von Bürgern fördern, welche nur kleine Anlagen im Eigenbedarf nutzen. Dies soll Anreiz und Motivation sein, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Die übrigen Fraktionen betrachten dies nicht unbedingt als Aufgabe der Gemeinde.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt bei 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen 30.000 € zur Förderung von privaten Photovoltaikanlagen (max. 1.500 € pro Anlage) in den Haushalt 2022 bereitzustellen.

4. Erlass Hundesteuer für die ersten 2 Jahre bei Übernahme eines Hundes aus einem Tierheim

Der Ausschuss diskutiert über das Für und Wider einer solchen Entscheidung. Die finanziellen Auswirkungen sind schwer einzuschätzen. Die Gemeinde Marienheide bezahlt an das Tierheim Wipperfürth einen jährlichen Zuschuss für Fundtiere. Gemeinsam schlägt der Ausschuss vor, um eine Entlastung für mehrere Tierheime zu ermöglichen, alle Tierheime aus Oberberg einzubeziehen.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt bei 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen, die Hundesteuersatzung dahingehend zu ändern, dass bei Übernahme eines Hundes aus einem Tierheim im Oberbergischen Kreis die Hundesteuer für die ersten 2 Jahre erlassen wird.

5. Vormerkung eines pauschalen Budgets für die Ergänzung der Straßenbeleuchtung in Höhe von 20.000 € für das Haushaltsjahr 2023

Der Antrag gilt als Ergänzung zur derzeitigen Beleuchtung. Ca. 10 neue LED Lampen können mit diesem Budget bei entsprechendem Bedarf angeschafft werden. Mit dem derzeitigen Austausch von LED Lampen in den bestehenden Lampen, werden nunmehr zunehmend auch abgeschaltete Lampen wieder aktiviert.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, einmalig einen Betrag von 20.000 € in den Haushalt 2023 einzustellen.

6. Verwendung der Kreissparkassenmittel 2022 für ein Freizeitprojekt für Kinder und Jugendliche eines örtlichen gemeinnützigen Trägers in Höhe von 2.500 €

Bürgermeister Meisenberg teilt mit, dass Marienheide in diesem Jahr ca. 18.000 € aus der Gewinnausschüttung der Kreissparkasse Köln erhalten wird. Diese beantragte Maßnahme wird daher den Haushalt 2022 nicht belasten.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, für ein Freizeitprojekt für Kinder und Jugendliche eines örtlichen gemeinnützigen Trägers 2.500 € aus den Mitteln der KSK Gewinnausschüttung zu verwenden.

7. Wiederaufleben der Seniorenfeier (Kosten ca. 2.500 €)

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, für die nächste Seniorenfeier 2.500 € aus den Mitteln der Gewinnausschüttung der KSK Köln zu verwenden.

8. Vormerkung einer Verpflichtungsermächtigung für 2023 in Höhe von 200.000 € zur Errichtung eines Skaterparks sowie die Einstellung von 50.000 € Planungskosten in 2022

Die Vormerkung bezieht sich auf den vorliegenden Bürgerantrag dieses Jahres. Die Verwaltung prüft derzeit 8-9 Standortvarianten, welche im AWFKT vorgestellt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, eine VE in Höhe von 200.000 € für die Errichtung eines Skaterparks für den Haushalt 2023 vorzumerken und für die Planung 50.000 € in den Haushalt 2022 einzustellen.

9. Sukzessive Umstellung aller gemeindlichen Kfz auf E-Fahrzeuge, beginnend mit dem im Haushalt 2022 bereits vorgesehenen Pritschen-Fahrzeug für den Bauhof, sowie Kauf/Einrichtung einer Ladestation für das Dienstgebäude des Bauhofs

Die CDU-Fraktion bittet um eine mögliche und sinnvolle Umstellung von Fahrzeugen bis 3,5 Tonnen. Dieser Planung stimmen die Ausschussmitglieder zu. Verwaltungsseitig wird ausgeführt, dass erst für 2024 eine Neuanschaffung eines 3,5 t Fahrzeuges geplant ist und eine Ladestation bereits im kommenden Haushalt 2022 eingeplant sei. Das Pritschen-Fahrzeug liegt über 3,5 t.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, ab 2022 eine sukzessive mögliche und sinnvolle Umstellung aller gemeindlichen Kfz (bis 3,5 t) auf E-Fahrzeuge sowie eine Einrichtung einer Ladestation am Dienstgebäude des Bauhofs.